

Zeitschrift: Emanzipation : feministische Zeitschrift für kritische Frauen
Herausgeber: Emanzipation
Band: 21 (1995)
Heft: 6

Artikel: Europa, Arbeit, Finanzen: Polit-Positionen à la Geiser und Spieler
Autor: Wenger, Susanne / Geiser, Barbara / Spieler, Michele
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-361833>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 16.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Europa, Arbeit, Finanzen:

Polit-Positionen à la Geiser und Spieler

Wie ist die Position der Nationalratskandidatinnen Barbara Geiser (SP) und Michèle Spieler (UFF!) zu aktuellen politischen Fragen? Lest zehn Antworten auf fünf Fragen.

1. Welche Europapolitik soll die Schweiz verfolgen?

BARBARA GEISER: So schnell wie möglich in die Europäische Union. Dass die EU eine kapitalistisch-patriarchalisch-konservative Organisation sei, ist für mich kein Gegenargument, denn die Schweiz ist das auch. Die Solidarität steht meines Erachtens im Zentrum. Und gleichstellungspolitisch kann es nur besser sein: die Schweiz hat als eines der letzten europäischen Länder das Frauenstimmrecht eingeführt und steht punkto Lohndiskriminierung an oberster Stelle.

MICHELE SPIELER: Nur wenn die Schweiz und die EU gewisse Bedingungen erfüllen, kommt für mich ein Beitritt der Schweiz zur EU in Frage. Das heisst, weder die EU noch die Schweiz dürfen sich vom Rest der Welt abschotten, es müssen demokratische Entscheidungsmechanismen entwickelt werden, und bei den Beitrittsverhandlungen muss eine Frauenquote erfüllt sein. Solidarität lässt sich im übrigen auch mit EU-KritikerInnen und Nicht-EuropäerInnen üben.

2. Wie wollt ihr die Erwerbslosigkeit bekämpfen?

B.G.: Durch eine radikale Umverteilung der Arbeit. Die vorhandene Arbeit muss auf mehr Leute verteilt werden. Gleichzeitig habe ich die Utopie, dass so auch die grosse Umverteilung zwischen Frauen und Männern realisiert werden kann, die Umverteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit.

M.S.: Dem kann ich nur zustimmen. Es gibt ein Recht auf Erwerbsarbeit genauso wie es eine Pflicht gibt, gesell-

schaftlich notwendige, aber unbezahlte Arbeit zu leisten.

3. Braucht es eine Mutterschaftsversicherung für alle Frauen?

M.S.: Zur Zeit geht es ja um eine Mutterschaftsversicherung als Erwerbserersatz für erwerbstätige Frauen, da bin ich sicher dafür. Ich bin aber gegen Geburtszulagen – Frauen sollen nicht fürs Gebären prämiert werden. Hingegen sollen sich Staat und Gesellschaft an Kosten, die Kinder verursachen, beteiligen. Aber es müssen Modelle sein, die die Bezahlung der Erziehungsarbeit vorsehen. Und wenn die Umverteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit realisiert ist, stellt sich auch die Frage nicht mehr, ob Mutterschaftsversicherung für alle oder nur für erwerbstätige Frauen.

B.G.: Das Ziel müsste eine Mutterschaftsversicherung für erwerbstätige Frauen sein – mit dem Hintergrund, dass alle Frauen auch wirklich erwerbstätig sind, denn dies ist nach wie vor die beste soziale Absicherung. Zur Zeit sind aber in der Schweiz die Rollen noch stark traditionell verteilt. Deshalb bin ich durchaus der Meinung, dass Modelle zur Bezahlung nichterwerbstätiger Frauen ausgerechnet werden müssen – nicht im Sinne von «Wurfprämien», sondern zum Beispiel durch die finanzielle Unterstützung von Hütearbeit.

4. Wo soll es gleichstellungspolitisch in der nächsten Legislatur weitergehen?

B.G.: Eine zentrale Frage ist für mich die Quotenfrage. Dass Gleichstellungsbüros en masse geschlossen werden, hat für mich schon etwas mit den Machtverhältnissen zu tun. Gleichzeitig müssen wir radikal weiterfahren mit der Gleichstellungspolitik in allen Sozialversicherungen, zum Beispiel im Scheidungs-

recht und bei der Mutterschaftsversicherung. In der Bildungspolitik muss das Stipendienwesen frauenvertraglicher gemacht werden.

M.S.: Wichtig ist mir auch die Gleichstellung der MigrantInnen, die Anerkennung frauenspezifischer Fluchtgründe, ein zivilstands- und ehemanunabhängiges Aufenthaltsrecht.

5. Wie würdet ihr die Bundesfinanzen ins Lot bringen?

M.S.: Ich würde radikal umverteilen. Rezepte, die ein lineares Sparen in allen Bereichen verlangen, lehne ich ab, denn zuviele fielen durchs Netz. Die Sparhysterie trifft zuerst die Frauen, gerade weil sie sowieso immer um ihre soziale Absicherung kämpfen müssen. Sparen will ich beim Militär, bei den Landwirtschaftssubventionen und beim Strassenbau.

B.G.: Für mich ist eine Reichtumssteuer kein Tabu. Zudem unterstütze ich die Halbierungsinitiative der SP: Die Militärausgaben müssen weiter gesenkt werden. Weiter sind zweckgebundene Einnahmen wichtig, zum Beispiel die Finanzierung der NEAT durch Treibstoffzoll-Erhöhungen. Ich möchte die ganze Finanzdiskussion auch viel grundsätzlicher angehen: Wenn wir bei Drogen- und Erwerbslosigkeitsproblemen weniger kleinlich mit dem Geld umgehen, könnten wir längerfristig viele Gesundheitskosten sparen. ●

Die Fragen stellte Susanne Wenger.

BARBARA GEISER, Jahrgang 1948, lic.phil./Pädagogin, Zentral- und Frauensekretärin der SPS, lebt in Bern.

MICHELE SPIELER, Jahrgang 1968, Studentin der Geschichte und Politischen Wissenschaften, engagiert in der FraPoli, FrauenPolitik Aargau, lebt in Aarau.